

RESOLUTION

Beschluss der MIT-Landesvorstandes vom 07.10.2008



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Düsseldorf, 10. Oktober 2008

Vergaberechtsreform der Bundesregierung: MIT wird gegen noch mehr Staatswirtschaft kämpfen!

Stellungnahme der MIT NRW zur geplanten Ausweitung sogenannter „Inhouse-Vergaben“ im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe, sowie zur in diesem Rahmen ebenfalls geplanten Einführung sachfremder Vergabekriterien durch die vorgesehene Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechtes.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen lehnt die geplante Vergaberechtsreform in der aktuellen Fassung ab und fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf, den mittelstandsfeindlichen Plänen der Bundesregierung nicht zuzustimmen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW befürwortet eine mittelstandsfreundliche Reform des Vergaberechtes. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) lehnt die MIT NRW allerdings ab. Im zu verabschiedenden Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechtes sieht die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung zwei vorgesehene Regelungen, die mittelstandsfeindlich sind und Arbeitsplätze in der mittelständischen Privatwirtschaft konkret gefährden:

- Die in §99 Abs. 1, Satz 2 GWB vorgesehene vollkommene Freistellung intrakommunaler Vergabe vom Vergaberecht, benachteiligt nicht nur den Mittelstand weiter gegenüber staatlichen Unternehmen, sie drängt den Mittelstand aus weiten Teilen der kommunalen Auftragsvergabe und überlässt Sie der Staatswirtschaft. Die weit über die durch die EG notwendige Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien hinausgehende Regelung zur praktisch unbeschränkten Ausweitung der „Inhouse-Vergabe“ widerspricht nach Ansicht der MIT sogar Europarecht und stellt eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung dar.
- Die in §97 Abs. 4 vorgesehenen zusätzlich möglichen Vergabekriterien, insbesondere unter sozialen, umweltbezogenen oder innovativen Aspekten, sind nicht nur vergabefremde Forderungen, die zu mehr Bürokratie führen. Sie fördern auch Intransparenz und erhöhen die Gefahr für auf

**Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen**

Wasserstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 13600-43/44/45
Telefax 0211-13600-42

info@mit-nrw.de
www.mit-nrw.de

einzelne Unternehmen „maßgeschneiderte“ Ausschreibungen und erhöhen somit auch die Korruptionsanfälligkeit von Vergabeverfahren und die Gefahr politischer Vetternwirtschaft rund um öffentliche Aufträge.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert

- die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, diesen Gesetzentwurf im Gesetzgebungsverfahren abzulehnen.
- die Landtagsfraktion der CDU NRW auf, klar und deutlich Stellung gegen diese Vorhaben zu beziehen.
- die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, im Bundesrat dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen, falls diese beiden Aspekte nicht herausgenommen werden.